



# HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2021

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag**

**Fraktion der CDU,  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Investitionen in bezahlbaren Wohnraum sichern – bezahlbare Bestandsmieten sicherstellen – und Wohnungssuchenden Optionen öffnen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass rückblickend auf annähernd ein Jahr Pandemiegesehen in Hessen die größten Herausforderungen in der hessischen Wohnungspolitik nach wie vor in der geringen Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum in den stark nachgefragten Ballungsgebieten liegen. Mietausfälle und ausbleibende Ratenzahlungen sind eng mit der finanziellen Situation der Bürgerinnen und Bürger verknüpft. Offensichtlich haben Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen wie das Kurzarbeitergeld oder andere gezielte Corona-Hilfen größtenteils dazu geführt, dass bis heute finanzielle Schwierigkeiten von Mietern nur in sehr begrenztem Maße aufgetreten sind, mit denen auf Mieter- und Vermieterseite verantwortungsvoll umgegangen wird. Darüber hinaus stehen im Bedarfsfall weitere staatliche Leistungen wie Wohngeld zur Verfügung. Der mehrheitlich landeseigenen Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt (NHW) wurden bisher 0,2 % der gesamten Mieteinnahmen von den Mieterinnen und Mietern als Mietausfälle (Stundungen oder Ratenzahlung) aufgrund der Corona-Pandemie angezeigt.
2. Der Landtag weist darauf hin, dass die NHW mit Mieterinnen und Mietern, die ihre Miete nicht bedienen können, in den Dialog tritt und Lösungen erarbeitet. Für Mieterinnen und Mieter unterhalb der Einkommensgrenzen sind die Mieterhöhungen bei der NHW generell auf 1 % p.a. begrenzt. Selbst bei höheren Mietanpassungen bleibt die Durchschnittsmiete für den gesamten Frankfurter Wohnungsbestand der NHW bei 6,96 € pro Quadratmeter in Frankfurt am Main und damit im Vergleich niedrig.
3. Die Gesellschafterversammlung der NHW hat im Zuge der Eigenkapitalerhöhung umfangreiche energetische Sanierungen beschlossen. Hierbei wurde die NHW durch eine Einlage des Landes in Höhe von 200 Mio. € unterstützt. Ziel ist es, durch zeitgemäße Wohnstandards prekäre Wohnsituationen zu verhindern und gleichzeitig Nebenkosten zu senken. Um diesen Weg einer sozialen Mietenpolitik ohne Sanierungsstau weiter erfolgreich gehen zu können, müssen von der NHW als großer Bestandhalter faire und bezahlbare Mieten aufgerufen werden.
4. Der Landtag begrüßt die Initiative „Wohnen.2050 – klimaneutral in die Zukunft“ der NHW, die einen klimaneutralen Bestand bis 2050 vorsieht. Für ihr Engagement in Sachen Nachhaltigkeit „überreichte“ Bundesarbeitsminister Hubertus Heil der NHW digital den Corporate-Social-Responsibility-Preis der Bundesregierung 2020.
5. Der Landtag ist überzeugt, dass zur Bekämpfung des Wohnraummangels in stark nachgefragten Regionen langfristig der Neubau von Wohnungen unumgänglich ist. Zur Bekämpfung des Wohnraummangels und zur Förderung des Wohnungsbaus stehen bis 2024 insgesamt 2,2 Mrd. € zur Verfügung, die zur Finanzierung verschiedener Maßnahmen für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums dienen.

6. Der Landtag begrüßt ausdrücklich die neuen, jetzt in Kraft getretenen Förderrichtlinien für den sozialen Wohnungsbau. Die Zuschüsse zum Bau von Sozialwohnungen werden so deutlich angehoben. Der Wegfall der Zinslast durch Übernahme dieser Aufwendungen durch das Land ist ein weiterer guter Förderschritt. Gemeinsam mit der Eigenkapitalerhöhung bei der NHW werden hierdurch wertvolle Beiträge für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums geleistet. Die Erhöhung des Wohngelds bietet zudem zusätzliche Sicherheit für Menschen, die auf bezahlbares Wohnen angewiesen sind.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Februar 2021

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**